

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 1. Juni 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Problem und Ziel

Doppelbesteuerungen stellen bei internationaler wirtschaftlicher Betätigung ein erhebliches Hindernis für Handel und Investitionen dar. Durch das vorliegende Abkommen sollen derartige steuerliche Hindernisse zur Förderung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien besser abgebaut werden, als es nach dem im Verhältnis zu Georgien noch weitergeltenden deutsch-sowjetischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 24. November 1981 (BGBl. 1983 II S. 2) möglich ist. Darüber hinaus soll der Informationsaustausch zwischen beiden Staaten verbessert werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 1. Juni 2006 enthält die dafür notwendigen Regelungen. Es entspricht im Wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen.

2. Vollzugaufwand

Kein nennenswerter Vollzugaufwand.

E. Sonstige Kosten

Keine

F. Bürokratiekosten

Die Ressortabstimmung wurde vor dem 1. Dezember 2006 eingeleitet.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

 EU 2007 DE

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, *A.* Mai 2007

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 1. Juni 2006 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zur Vermeidung der
Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und
vom Vermögen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 833. Sitzung am 11. Mai 2007 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 1. Juni 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tiflis am 1. Juni 2006 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits muss Deutschland bisher gewährte Anrechnungen georgischer Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewähren, weil Georgien ebenfalls auf Quellensteuern verzichtet. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands führt unter Berücksichtigung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen per Saldo zu keinen nennenswerten Änderungen des Steueraufkommens von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Wirtschaft wird durch das Abkommen entlastet, da steuerliche Hindernisse im bilateralen Wirtschaftsverkehr beseitigt werden. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Georgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Соглашение
между Федеративной Республикой Германия
и Грузией
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и на капитал

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Georgien –

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen und ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

Федеративная Республика Германия
и
Грузия,

желая заключить Соглашение об избежании двойного налогообложения относительно налогов на доходы и на капитал и подтверждая свое желание развивать и укреплять экономические взаимоотношения путем упразднения налоговых препятствий,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и на капитал, взимаемым от имени Договаривающегося Государства или одного из их территориально-административных подразделений, независимо от метода их взимания.

2. Налогами на доходы и капитал считаются все налоги, взимаемые с общей суммы доходов, с общей суммы капитала или с отдельных их элементов, включая налоги с доходов от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги, взимаемые с общей суммы заработной платы или жалованья, выплачиваемых предприятиями, а также налоги, взимаемые с доходов от прироста капитала.

3. К действующим в настоящее время налогам, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, в частности, относятся:

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Gewerbesteuer und
die Vermögensteuer
einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in Georgien:
die Steuer auf Gewinne von Unternehmen,
die Steuer auf Einkommen natürlicher Personen,
die Steuer auf Vermögen juristischer Personen und
die Steuer auf Vermögen natürlicher Personen
(im Folgenden als „georgische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Georgien“ das Hoheitsgebiet innerhalb seiner von der Weltgemeinschaft anerkannten staatlichen Grenzen, das Festland, die Binnengewässer und das Küstenmeer, den darüber befindlichen Luftraum, auf die sich die Souveränität Georgiens erstreckt, sowie die an das Küstenmeer angrenzende besondere Wirtschaftszone und den Festlandsockel, soweit Georgien dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine souveränen Rechte ausüben kann;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nachdem, die Bundesrepublik Deutschland oder Georgien;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in

a) в Федеративной Республике Германия:
подходный налог;
налог с корпораций;
промышленный налог;
налог на имущество и
налоговые надбавки к ним
(далее именуемые «германские налоги»);

b) в Грузии:
налог на прибыль с предприятий;
подходный налог с физических лиц;
налог на имущество юридических лиц;
налог на имущество физических лиц
(далее именуемые «грузинские налоги»).

(4) Настоящее Соглашение применяется также к любым подобным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга о существенных изменениях, внесенных в их налоговые законы.

Статья 3

Общие определения

1. Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

- a) термин «Федеративная Республика Германия» означает территорию Федеративной Республики Германия, а также примыкающую к территориальному морю территорию морского дна и морских недр, а также расположенной над ними водной толщи, на которой Федеративная Республика Германия в соответствии с международным правом и национальными правовыми актами может осуществлять суверенные права и юрисдикцию в целях исследования, разработки, сохранения биологических и небологических видов природных ресурсов и управления ими;
- b) термин «Грузия» означает территорию в пределах ее государственных границ, признанное мировым сообществом, в том числе сухопутную территорию, внутренние и территориальные воды, воздушное пространство над ними, на которые распространяется суверенитет Грузии, а также прибрежные к ее территориальным водам особую экономическую зону и континентальный шельф, по отношению которых Грузия может распространить свои суверенные права в соответствии с международным правом;
- c) термины «Договаривающееся Государство» и «другое Договаривающееся Государство» означают соответственно Федеративную Республику Германия и Грузию;
- d) термин «лицо» означает физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;
- e) термин «компания» означает любое корпоративное образование, или любое другое объединение, которое для целей налогообложения рассматривается как корпоративное образование;
- f) термины «предприятие Договаривающегося Государства» и «предприятие другого Договаривающегося Государства» означают соответственно предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом Договаривающегося Государства, или предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом другого Договаривающегося Государства;
- g) термин «международные перевозки» означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием с местом фактического управле-

einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- i. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - ii. in Bezug auf Georgien

alle natürlichen Personen, die die georgische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Georgien geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- i. in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
 - ii. in Georgien das Finanzministerium oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4 Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

ния в Договариваемом Государстве, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договариваемом Государстве;

- h) термин «национальное лицо» означает:
- i. применительно к Федеративной Республике Германия:

любого немца в понимании Основного закона Федеративной Республики Германия, а также любое юридическое лицо, простое товарищество и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Федеративной Республике Германия законодательством;
 - ii. применительно к Грузии:

любое физическое лицо, имеющее гражданство Грузии, а также любое юридическое лицо и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Грузии законодательством;
- i) термин «компетентный орган» означает:
- i. применительно к Федеративной Республике Германия Федеральное министерство финансов или орган, которому оно передало свои полномочия;
 - ii. применительно к Грузии Министерство финансов или его уполномоченного представителя.

2. Если из контекста иное не вытекает, то при применении Договариваемым Государством настоящего Соглашения, любой не определенный в Соглашении термин имеет то значение, которое ему придает законодательство этого Государства в отношении налогов, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, причем значение согласно применяемому в этом Государстве налоговому законодательству преобладает над каким-либо значением, которое термин имеет в отношении другого законодательства этого Государства.

Статья 4 Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения термин «резидент Договариваемого Государства» означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основании своего местожительства, постоянного местопребывания, местонахождения фактического управления или иного аналогичного критерия, включая также само это Государство и его территориально-административные подразделения. Указанный термин не распространяется, однако, на лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении капитала, расположенного в этом Государстве.

2. В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договариваемых Государств, его статус определяется следующим образом:

- a) лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом только того Государства, с которым оно имеет более тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
- b) в случае, если не может быть определено, в каком Государстве лицо имеет центр жизненных интересов, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно обычно проживает;
- c) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, национальным лицом которого оно является;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen. Solange kein solches Einvernehmen erzielt worden ist, kann die Person die Rechte aus diesem Abkommen nicht geltend machen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer 6 Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen aus-

d) если лицо является национальным лицом обоих Государств или ни одного из них, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию. До достижения такого согласия, лицо не имеет право требовать любые те преимущества, которые предусматривает настоящее Соглашение.

3. В случае, если в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи лицо, не являющееся физическим лицом, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположено место нахождения его фактического управления.

Статья 5

Постоянное учреждение

1. Для целей настоящего Соглашения термин «постоянное учреждение» означает постоянное место деятельности, через которое деятельность предприятия осуществляется полностью или частично.

2. Термин «постоянное учреждение», в частности, включает:

- a) место управления;
- b) филиал;
- c) офис;
- d) фабрику;
- e) мастерскую и
- f) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место разработки природных ресурсов.

3. Строительная площадка, монтажный или сборочный объект являются постоянным учреждением только в случаях, если продолжительность их существования превышает 6 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, постоянным учреждением не считаются:

- a) объекты, используемые исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;
- b) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки;
- c) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях переработки их другим предприятием;
- d) постоянное место деятельности, которое содержится исключительно в целях закупки для предприятия изделий или товаров либо сбора информации для него;
- e) постоянное место деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления для предприятия любых иных видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;
- f) постоянное место деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления видов деятельности, перечисленных в подпунктах а) - е) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого совокупная деятельность данного постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 6 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договаривающемся Государстве полномочие на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет в нем данное полномочие, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как име-

geübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt auch für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche

jucesee постоянное учреждение в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное учреждение.

6. Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное учреждение в Договариваемом Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

7. Тот факт, что компания, являющаяся резидентом Договариваемого Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договариваемого Государства или осуществляет в нем свою деятельность (либо через постоянное учреждение, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное учреждение другой компании.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договариваемого Государства от недвижимого имущества (включая доходы от предприятий сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договариваемом Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Термин «недвижимое имущество» имеет то значение, которое он имеет по законодательству того Договариваемого Государства, в котором находится рассматриваемое имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства в отношении земельной собственности, права пользования недвижимым имуществом и права на переменные или фиксированные платежи, выплачиваемые в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов; морские и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, предназначенного для целей оказания независимых личных услуг.

Статья 7

Прибыль от коммерческой деятельности

1. Прибыль предприятия Договариваемого Государства может облагаться налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договариваемом Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет свою деятельность упомянутым образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, однако только в той части, которая относится к этому постоянному учреждению.

2. В случае, если предприятие Договариваемого Государства осуществляет свою деятельность в другом Договариваемом Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договариваемом Государстве

Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auf-

ve k этому постоянному учреждению относятся суммы прибыли, которые оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным предприятием и действуя полностью независимо от предприятия, постоянным учреждением которого оно является.

3. При исчислении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, понесенных для нужд такого постоянного учреждения, включая управленческие и общеадминистративные расходы, независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное учреждение, или где-либо в другом месте.

4. Если в Договариваемом Государстве принято исчислять прибыль, относящуюся к постоянному учреждению, на основе пропорционального распределения совокупной суммы прибыли предприятия на его отдельные подразделения, то положения пункта 2 настоящей статьи не исключают, чтобы это Договариваемое Государство исчисляло облагаемую налогом прибыль в соответствии с принятым методом распределения; выбранный метод распределения прибыли должен, однако, соответствовать по своему результату принципам настоящей статьи.

5. Никакая прибыль не относится к постоянному учреждению на основании произведенной лишь закупки этим постоянным учреждением товаров или изделий для предприятия.

6. При применении положений предыдущих пунктов настоящей статьи, прибыль, относящаяся к постоянному учреждению, каждый год должна быть исчислена одним и тем же методом, если только не имеется достаточно веских причин действовать по иному.

7. Если прибыль включает доходы, рассматриваемые в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих других статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Морской и воздушный транспорт

1. Прибыль от использования морских или воздушных судов в международных перевозках облагается налогами только в том Договариваемом Государстве, в котором находится место фактического управления предприятия.

2. Если место фактического управления предприятия морской судоходной компании находится на борту морского судна, то оно считается расположенным в том Договариваемом Государстве, в котором находится порт приписки судна, или, при отсутствии такого порта, в том Договариваемом Государстве, резидентом которого является лицо, эксплуатирующее данное судно.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи также распространяются на прибыль от участия в пуле, в совместном предприятии или в международном транспортном агентстве.

Статья 9

Ассоциированные предприятия

1. В случае, если:

- a) предприятие Договариваемого Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договариваемого Государства или
- b) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договариваемого Государства и предприятия другого Договариваемого Государства,

и в указанных случаях оба предприятия в их коммерческих или финансовых отношениях обязаны соблюдать согласо-

erlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 **Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

- a) 0 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 50 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und die in das Vermögen dieser Gesellschaft mehr als 3 000 000 Euro (drei Millionen Euro) oder einen gleichwertigen Betrag investiert;
- b) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und die in das Vermögen dieser Gesellschaft mehr als 100 000 Euro oder einen gleichwertigen Betrag investiert;
- c) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch

vanne oder возложенные на них условия, отличающиеся от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то прибыль, которая могла бы быть получена одним из предприятий без таких условий, но не была получена в силу этих условий, может быть отнесена к прибыли данного предприятия и соответственно обложена налогом.

2. Если в Договариваемом Государстве к прибыли предприятия этого Государства относятся и соответственно подлежат налогообложению суммы прибыли, в отношении которых предприятие другого Договариваемого Государства было подвергнуто налогообложению в этом другом Государстве, и если речь в отношении отнесенных сумм прибыли идет о суммах, которые могли бы быть получены предприятием первого упомянутого Государства при совпадении условий, согласованных между указанными предприятиями, с условиями, которые были бы согласованы между независимыми предприятиями, то другое Государство производит соответствующую корректировку к сумме начисленных сумм прибыли. При такой корректировке должны быть соблюдены остальные положения настоящего Соглашения; в случае необходимости компетентные органы Договариваемых Государств вступают во взаимные консультации.

Статья 10 **Дивиденды**

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом Договариваемого Государства, резиденту другого Договариваемого Государства, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Указанные дивиденды могут, однако, также облагаться налогом в том Договариваемом Государстве, в котором компания, выплачивающая дивиденды, является резидентом, в соответствии с его законодательством; однако, если правообладателем дивидендов является резидент другого Договариваемого Государства, то налог не должен превышать:

- a) 0 процентов от валовой суммы дивидендов, если правообладателем является компания (за исключением простого товарищества), которая прямо владеет не менее чем 50 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании и инвестировала более чем 3.000.000 (три миллиона) евро, или его эквивалентную сумму в капитал компании выплачивающей дивиденды;
- b) 5 процентов от валовой суммы дивидендов, если правообладателем является компания (за исключением простого товарищества), которая прямо владеет не менее чем 10 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании и инвестировала более чем 100.000 (сто тысяч) евро, или его эквивалентную сумму в капитал компании выплачивающей дивиденды;
- c) 10 процентов от валовой суммы дивидендов во всех иных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении сумм прибыли, из которых выплачиваются дивиденды.

3. Употребляемый в настоящей статье термин «дивиденды» означает доходы от акций, по правам или сертификатам на участие в прибыли, от акций горнодобывающей промышленности, по учредительским памам или прочие доходы, которые по законодательству Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль, приравниваются в налоговом отношении к доходам от акций, а также суммы прибыли, распределяемые по сертификатам паевого инвестиционного фонда.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если владелец дивидендов, являющийся резидентом Договариваемого Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договариваемом Государстве, резидентом которого является компания, вы-

zung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(3) Der Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen – direkt oder indirekt – überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

ваются за использование либо предоставление права использования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, патентов, торговых знаков, образцов или моделей, схем, секретных формул или технологий, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта. Термин «роялти» также включает вознаграждения любого вида за использование либо предоставление права использования имен, портретов либо иных аналогичных личных прав, а также выплаты за запись представлений артистов и спортсменов, произведенную радио или телекомпаниями.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникли лицензионные платежи, предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых производятся лицензионные платежи, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

4. Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма лицензионных платежей относительно объема услуг, лежащих в их основе, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 13

Доходы от отчуждения имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, которое расположено в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Доходы от отчуждения акций и прочих долей участия в компании, активы которой преимущественно, прямо или косвенно состоят из недвижимого имущества, расположенного в Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом Государстве.

3. Доходы от отчуждения движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящегося к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, включая также доходы от отчуждения имущества, которые извлекаются в связи с отчуждением такого постоянного учреждения (отдельно или вместе с остальным предприятием) или такой постоянной базы, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

4. Доходы от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках, а также движимого имущества, предназначенного для эксплуатации морских или воздушных судов, могут облагаться налогами только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического управления предприятия.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht einbezogen.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs

5. Доходы от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 – 4 настоящей статьи, могут облагаться налогами только в Договариваемом Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее это имущество.

6. Применительно к физическому лицу, являвшемуся резидентом Договариваемого Государства на протяжении не менее пяти лет и ставшему резидентом другого Договариваемого Государства, положения пункта 5 настоящей статьи не затрагивают права первого упомянутого Государства подвергать прирост имущества упомянутого лица в отношении долей участия в компаниях, являющихся резидентом первого упомянутого Договариваемого Государства, налогообложению в соответствии с его национальными правовыми актами вплоть до момента смены лицом местожительства. В таком случае прирост имущества, обложенный налогом в первом упомянутом Государстве, не будет приниматься в учет другим Государством при исчислении последующего в дальнейшем прироста имущества.

Статья 14

Независимые личные услуги

1. Доходы, получаемые резидентом Договариваемого Государства от оказания профессиональных услуг или от прочей деятельности независимого характера, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только это лицо в другом Договариваемом Государстве для осуществления своей деятельности обычно не располагает постоянной базой. Если оно располагает такой постоянной базой, то доходы могут облагаться налогом в этом другом Государстве, однако лишь постольку, поскольку они могут быть отнесены к этой постоянной базе.

2. Термин «профессиональные услуги» включает, в частности, независимо осуществляемую научную, литературную, воспитательную или преподавательскую деятельность, независимо осуществляемую деятельность в области искусств, а также независимую деятельность врачей, стоматологов, адвокатов, инженеров, архитекторов, экспертов в области бухгалтерского дела и аудиторов.

Статья 15

Работа по найму

1. С учетом положений статей 16 – 19 настоящего Соглашения жалование, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом Договариваемого Государства от работы по найму, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только работа не выполняется в другом Договариваемом Государстве. Если работа выполняется в нем, то полученные в этой связи вознаграждения могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом Договариваемого Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договариваемом Государстве, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

- a) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и
- b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства, и
- c) расходы по выплате вознаграждений не несут постоянное учреждение или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществля-

oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt,

erhalten auf dem Bord eines oder eines Luftfahrzeugs, das in dem anderen Vertragsstaat besteuert wird, werden im anderen Vertragsstaat nicht besteuert. Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person auf dem Bord eines oder eines Luftfahrzeugs, das in dem anderen Vertragsstaat besteuert wird, erhält, werden im anderen Vertragsstaat nicht besteuert. Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person auf dem Bord eines oder eines Luftfahrzeugs, das in dem anderen Vertragsstaat besteuert wird, erhält, werden im anderen Vertragsstaat nicht besteuert.

Статья 16

Вознаграждения членов наблюдательных советов и советов директоров

Вознаграждения членов наблюдательных советов или советов директоров и аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

Статья 17

Работники искусств и спортсмены

1. Несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве работника искусств, такого, как артиста театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, а также в качестве спортсмена от его лично осуществляемой деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. В случае, если доходы от осуществляемой лично работником искусств или спортсменом в таком своем качестве деятельности начисляются не самому работнику искусств или спортсмену, а иному лицу, то эти доходы, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором работник искусств или спортсмен осуществляет свою деятельность.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляемой работниками искусств или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их пребывание в этом Государстве полностью или преимущественно финансируется за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства или одного из его территориально-административных подразделений, либо организацией, признанной в этом другом Государстве общественно полезной (благотворительной). В таком случае доходы могут облагаться только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является работник искусств или спортсмен.

Статья 18

Пенсии и аналогичные выплаты

1. С учетом положений пункта 2 статьи 19 настоящего Соглашения пенсии и аналогичные вознаграждения, которые получает резидент Договаривающегося Государства из другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве.

2. Выплаты, которые получает физическое лицо, являющееся резидентом Договаривающегося Государства, за счет обязательного социального страхования другого Договаривающегося Государства, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

3. Периодические и единовременные вознаграждения, которые выплачивает Договаривающееся Государство или одно из его территориально-административных подразделений резиденту другого Договаривающегося Государства в возмещение ущерба, понесенного вследствие политического преследования, в возмещение противозаконности или ущерба вследствие военных действий (включая компенса-

können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

Artikel 19 Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i. ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii. nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder aus von diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögens an eine natürliche Person für die diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Absatz 1 und 2 gelten entsprechend für Vergütungen, die vom oder für das Goethe-Institut oder den Deutschen Akademischen Austauschdienst der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 15.

сионные выплаты и пособия), обязательной военной или альтернативной гражданской службы, преступления, прививки или аналогичных событий, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи.

Статья 19 Государственная служба

1.

- a) Жалование, заработная плата и аналогичные вознаграждения, за исключением пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его территориально-административных подразделений, либо иным юридическим лицом публично-правового статуса этого Государства физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства, одного из его территориально-административных подразделений или иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- b) Указанные вознаграждения могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если указанная служба осуществляется в этом другом Государстве и физическое лицо является резидентом данного Государства, а также:
 - i. является национальным лицом данного Государства или
 - ii. не стало резидентом данного Государства только лишь в целях осуществления службы.

2.

- a) Пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его территориально-административных подразделений, либо иным юридическим лицом публично-правового статуса этого Государства или созданных ими фондами физическому лицу за службу, осуществленную для этого Государства, одного из его территориально-административных подразделений или иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- b) Указанные пенсии могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого другого Государства.

3. В отношении вознаграждений и пенсий за службу, оказываемую в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства, одного из его территориально-административных подразделений или иного юридического лица публично-правового статуса, применяются положения статей 15, 16, 17 или 18 настоящего Соглашения.

4. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках программы технической помощи Договаривающегося Государства или одного из их территориально-административных подразделений за счет средств, выделяемых исключительно этим Государством или этим территориально-административным подразделением, специалистам или добровольным помощникам, направленным в другое Договаривающееся Государство с его согласия.

5. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым со стороны или от имени Института им. Гете или Германской службы академических обменов Федеративной Республики Германия. Компетентные органы по взаимному согласию могут обусловиться о применении соответствующего подхода к вознаграждениям иных аналогичных учреждений Договаривающихся Государств. Если указанные вознаграждения не облагаются налогом в государстве

учредителя учреждения, то действуют положения статьи 15 настоящего Соглашения.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens insgesamt zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

Статья 20

Преподаватели, учителя, научные сотрудники и студенты

1. Физическое лицо, находящееся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшего учебного заведения, школы, музея или какого-либо иного учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рамках официального культурного обмена в этом Договаривающемся Государстве в общей сложности не более двух лет исключительно с целью осуществления преподавательской деятельности, чтения лекций или осуществления исследовательской деятельности в указанном учреждении и являющееся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшееся таковым, освобождается от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения получены из источников за пределами этого Государства.

2. Выплаты, предназначенные для проживания, учебы или подготовки, которые получает студент, практикант или учащийся, находящийся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью учебы или подготовки и являющийся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являющийся таковым, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Иные доходы

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые не рассматривались в предыдущих статьях настоящего Соглашения, независимо от источника их возникновения, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества, если получатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых выплачиваются эти доходы, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

Статья 22

Капитал

1. Капитал, представленный недвижимым имуществом, принадлежащий резиденту Договаривающегося Государства и расположенный в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Капитал, представленный движимым имуществом, представляющий собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23 Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Georgien sowie die in Georgien gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Georgien besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in Georgien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die georgische Steuer angerechnet, die nach georgischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

- i. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- ii. Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in Georgien besteuert werden können;
- iii. Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- iv. Einkünfte im Sinne des Artikels 17.

- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in Georgien ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Ver-

3. Kapital, представленный морскими или воздушными судами, эксплуатируемыми в международных перевозках, а также движимое имущество, предназначенное для эксплуатации таких морских или воздушных судов, могут облагаться налогом только в том Договариваемом Государстве, в котором находится место фактического управления предприятия.

4. Все иные элементы имущества резидента Договариваемого Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 23 Устранение двойного налогообложения в государстве резидентства

1. Применительно к резиденту Федеративной Республики Германия налоги устанавливаются следующим образом.

- a) Из налоговой базы германских налогов исключаются доходы из Грузии, а также расположенные в Грузии имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут облагаться налогом в Грузии и не подпадают под действие подпункта б) настоящего пункта.

Применительно к доходам от дивидендов предыдущие положения применяются только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компании (с исключением простого товарищества), являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Грузии, капитал которой принадлежит не менее чем на 10 процентов непосредственно германской компании, и если они не были вычтены при исчислении прибыли компании, выплачивающей дивиденды.

Для целей налогообложения имущества из налоговой базы германских налогов исключаются также долевого участия, дивиденды по которым, если бы они выплачивались, подлежали бы исключению из налоговой базы согласно положениям предыдущих частей настоящего подпункта.

- b) С учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов при обложении германскими налогами, взимаемыми с дохода, применительно к нижеприведенным доходам производится зачет налогов Грузии, уплаченных по этим доходам согласно законодательству Грузии и в соответствии с настоящим Соглашением:

- i. дивидендам, не подпадающим под действие подпункта а) настоящего пункта;
- ii. доходам, которые согласно пункту 2 статьи 13 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Грузии;
- iii. вознаграждениям членов наблюдательных советов и советов директоров;
- iv. доходам в понимании статьи 17 настоящего Соглашения.

- c) В отношении доходов в понимании статей 7 и 10 настоящего Соглашения и имущественных ценностей, лежащих в их основе, вместо положений подпункта а) настоящего пункта применяются положения подпункта б) настоящего пункта, если резидент Федеративной Республики Германия не представляет подтверждения о том, что постоянное учреждение в хозяйственном (отчетном) году, в котором оно извлекло прибыль, или компания, являющаяся резидентом Грузии, в хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получали свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 – 6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах; то же положение действует в отношении недвижимого имущества, предназначенного для нужд по-

mögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte oder Vermögenswerte zu berücksichtigen.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
- i. wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder das Vermögen unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder
- ii. wenn die Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) Bei einer in Georgien ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Bezieht eine in Georgien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so rechnet Georgien:
- i. auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht;
- ii. auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Georgien ansässigen Person, die nach den Bestimmungen des Abkommens von der Besteuerung in Georgien auszunehmen sind, können gleichwohl in Georgien bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusam-

ständigem Учреждения, и доходов, извлеченных из него (пункт 4 статьи 6 настоящего Соглашения), а также в отношении сумм прибыли от отчуждения данного недвижимого имущества (пункт 1 статьи 13 настоящего Соглашения) и движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения (пункт 3 статьи 13 настоящего Соглашения).

- d) Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать доходы или имущественные ценности, изъятые из обложения германскими налогами, при установлении налоговой ставки на остальные доходы или имущественные ценности.
- e) Несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом б) настоящего пункта,
- i. если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям настоящего Соглашения или причисляются разным лицам (кроме случаев согласно статье 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения, и когда ввиду такого различного отнесения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не были бы подвергнуты налогообложению или были бы подвергнуты меньшему налогообложению, чем при отсутствии такого конфликта, либо
- ii. если Федеративная Республика Германия после консультации уведомляет Грузию по дипломатическим каналам об иных доходах, к которым она предполагает применять метод зачета согласно подпункту б). Двойное налогообложение в отношении указанных доходов устраняется путем налогового зачета согласно подпункту б) с первого дня календарного года, следующего за календарным годом, в котором было передано уведомление.

2. Применительно к резиденту Грузии налоги устанавливаются следующим образом:

- a) если резидент Грузии получает доход или владеет капиталом, которые, согласно с положениями настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, Грузия позволит:
- i. вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную подоходному налогу, уплаченному в Федеративной Республике Германия;
- ii. вычесть из налога на капитал этого резидента сумму, равную налогу на капитал, уплаченному в Федеративной Республике Германия.

Эти вычеты в любом случае не должны превышать часть налога с дохода или с капитала, подсчитанную до предоставления вычета и относящуюся к доходу или капиталу, который может облагаться налогом в Федеративной Республике Германия в зависимости от обстоятельств;

- b) Если, согласно с любыми положениями настоящего Соглашения, полученный доход или капитал резидента Грузии освобожден от налога в Грузии, Грузия может тем не менее при подсчете налога на остальную часть дохода или капитала этого резидента принять во внимание освобожденный от налога доход или капитал.

Статья 24

Недискриминация

1. Национальные лица Договаривающегося Государства не могут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообло-

menhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

ziehung oder verbundenen mit ihm Verpflichtungen, durch die sie in einem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

2. Лица без гражданства, являющиеся резидентами Договаривающегося Государства, не могут подвергаться ни в одном из Договаривающихся Государств налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица соответствующего Государства при тех же обстоятельствах.

3. Налогообложение в отношении постоянного учреждения, которое имеет предприятие Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся Государстве, в этом другом Государстве не может быть менее благоприятным, чем налогообложение в отношении предприятий этого другого Государства, осуществляющих ту же деятельность. Данное положение не должно истолковываться как обязывающее Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства не облагаемые налогом суммы, налоговые льготы или скидки, которые оно предоставляет только своим резидентам.

4. В тех случаях, когда не подлежат применению положения пункта 1 статьи 9, пункта 4 статьи 11 или пункта 4 статьи 12 настоящего Соглашения, проценты, роялти и иные выплаты, которые производит предприятие Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этого предприятия на таких же условиях, как платежи, предназначенные резиденту первого упомянутого Государства. Соответственно долги, которые это предприятие имеет по отношению к резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемого имущества этого предприятия на тех же условиях, как долги перед резидентом первого упомянутого Государства.

5. Предприятия Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично, прямо или косвенно принадлежит резиденту другого Договаривающегося Государства или нескольким таким лицам, или контролируется ими, не могут подвергаться в первом упомянутом Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться аналогичные предприятия первого упомянутого Государства.

6. Несмотря на статью 2 настоящего Соглашения, положения настоящей статьи применяются к налогам любого вида и наименования.

Статья 25

Процедура взаимного согласования

1. Если лицо считает, что действия одного Договаривающегося Государства или обоих из них приводят или приведут к налогообложению по отношению к нему, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, без ущерба для правовых средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, а в случае, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 24 настоящего Соглашения, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о дей-

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 dieses Absatzes genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

stvi, приведем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

2. Если указанный компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии прийти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутая путем согласования договоренность должна выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранять по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также консультироваться о том, как избежание двойного налогообложения может быть достигнуто в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств в целях достижения согласия в соответствии с вышеизложенными положениями настоящей статьи могут вступать в непосредственные взаимные контакты.

Статья 26

Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов, взимаемых от имени Договаривающегося Государства или одного из его территориально-административных подразделений, независимо от способа и метода их взимания, подпадающих под действие настоящего Соглашения, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статьи 1 и 2 настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимся Государством информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, принудительным взысканием или судебным преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам в отношении налогов, указанных в первом предложении настоящего пункта. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не должны истолковываться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- a) проводить в целях предоставления информации административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) предоставлять информацию, которая в соответствии с законами или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;
- c) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, промышленную, предпринимательскую или профессиональную тайну либо деловую процедуру, или предоставление которой противоречило бы государственной политике (общественному порядку).

Artikel 27**Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung**

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugssteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach diesem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28**Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen**

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden.

(2) Führen die Bestimmungen des Absatzes 1 zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 29**Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 30**Protokoll**

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 31**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

Статья 27**Положения по налогообложению у источника**

1. Если в Договариваемом Государстве налоги с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов, получаемых резидентом другого Договариваемого Государства, взимаются путем удержания, то право первого упомянутого Государства на удержание налога у источника по ставке согласно его национальному законодательству настоящим Соглашением не затрагивается. Налог, взимаемый путем удержания, по заявлению налогоплательщика подлежит возврату тогда и постольку, когда и поскольку он в силу настоящего Соглашения уменьшается либо отпадает.

2. Заявления на налоговый возврат подаются до истечения четвертого года, следующего за календарным годом, в котором устанавливаются налоги, удерживаемые у источника с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов.

3. Несмотря на положения пункта 1 каждое из Договариваемых Государств создаст соответствующие процедуры для того, чтобы выплаты доходов, которые согласно настоящему Соглашению не облагаются в государстве-источнике налогом или облагаются налогом по сниженной налоговой ставке, осуществлялись без или только с предусмотренным в соответствующей статье удержанием.

4. Договариваемое Государство, в котором возникли доходы, может потребовать подтверждения компетентного органа о резидентстве в другом Договариваемом Государстве.

5. Компетентные органы по взаимному согласию могут урегулировать осуществление настоящей статьи и, по необходимости, устанавливать иные процедуры по реализации налоговых снижений или освобождений, предусмотренных настоящим Соглашением.

Статья 28**Применение Соглашения в особых случаях**

1. Настоящее Соглашение нельзя истолковывать, будто оно препятствует применению Договариваемым Государством его национальных правовых актов по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов.

2. Если положения пункта 1 настоящей статьи ведут к двойному налогообложению, то компетентные органы в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения вступают во взаимные консультации о методах избежания такого двойного налогообложения.

Статья 29**Сотрудники дипломатических представительств и работники консульских учреждений**

Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

Статья 30**Протокол**

Прилагаемый Протокол является неотъемлемой частью настоящего Соглашения.

Статья 31**Вступление в силу**

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами состоится в г. Берлин в возможно короткие сроки.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Tiflis am 1. Juni 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher, georgischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des georgischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

2. Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу.

Статья 32

Прекращение действия

Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года; в таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

Решающим для определения срока денонсации, является день поступления уведомления в другом Договаривающемся Государстве.

Совершено в г. Тбилиси 1 июня 2006 года в двух экземплярах, каждый на немецком, грузинском и русском языках, причем все тексты являются аутентичными. При различном толковании немецкого и грузинского текстов, текст на русском языке будет считаться определяющим.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Uwe Schramm

Für Georgien
За Грузию
Alexishvili

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Georgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem
Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
vom 1. Juni 2006

Протокол
к Соглашению
между Федеративной Республикой Германия
и Грузией
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и на капитал
от 1 июня 2006 года

Die Bundesrepublik Deutschland und Georgien haben ergänzend zum Abkommen vom 1. Juni 2006 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

1. Die in diesem Abkommen verwendeten Ausdrücke „Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ umfassen auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland auch die Länder.

2. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.

3. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

Федеративная Республика Германия и Грузия в дополнение к Соглашению об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и на капитал от 1 июня 2006 года согласовали нижеследующие положения:

1. Используемые в настоящем Соглашении термин «Договаривающееся Государство» и «другое Договаривающееся Государство» для Федеративной Республики Германия включает Федеральные земли.

2. К статье 7

- a) если предприятие Договаривающегося Государства продает изделия или товары через постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве или осуществляет в нем предпринимательскую деятельность, то суммы прибыли данного постоянного учреждения не исчисляются на основе вырученной предприятием при этом совокупной суммы, а лишь на основе той суммы, которая может быть отнесена к фактической продаже или коммерческой деятельности постоянного учреждения.
- b) если предприятие имеет постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве, то суммы прибыли данного постоянного учреждения, полученные либо в связи с контрактами, в частности о проектировании, поставке, монтаже или строительстве промышленного, коммерческого или научного оборудования или объекта, либо в связи с государственными заказами, не исчисляются на основе совокупной цены контракта, а лишь на основе той части контракта, которая фактически выполняется постоянным учреждением в том Договаривающемся Государстве, в котором оно расположено. Суммы прибыли от поставки товаров постоянному учреждению или суммы прибыли в связи с той частью контракта, которая выполняется в том Договаривающемся Государстве, в котором расположено головное подразделение предприятия, могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- c) вознаграждения за технические услуги, включая аналитические разработки или проекты научного, геологического либо технического характера, за контракты о конструкции, включая принадлежащие к ним чертежи, или за деятельность по консультированию или надзору (мониторингу) считаются вознаграждениями, к которым применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

3. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения статей 10 и 11 настоящего Соглашения, дивиденды и проценты могут облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с законодательством этого Государства, если они:

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

4. Zu Artikel 18:

Der in diesem Artikel aufgeführte Begriff „ähnliche Vergütungen“ umfasst auch einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

5. Zu Artikel 26:

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch den übermittelnden Staat verursacht worden ist.

- a) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли, включая доходы негласного участника, получаемые им от своего долевого участия в качестве негласного участника, доходы от кредитов (займов), наделенных правом на участие в прибыли, а также от облигаций с правом на участие в прибыли в понимании налогового законодательства Федеративной Республики Германия, и
- b) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика сумм дивидендов или процентов.

4. К статье 18

Используемый в настоящей статье термин «аналогичные выплаты» включает также определенную сумму, которая регулярно выплачивается в установленные сроки, пожизненно или на протяжении определенного либо определенного периода времени, на основании обязательства, предусматривающего эти выплаты в качестве возмещения за адекватную услугу, предоставленную деньгами или материальными ценностями.

5. К статье 26

Если в соответствии с национальным законодательством на основании настоящего Соглашения передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых актов каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения.

- a) использование сведений принимающим учреждением допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением.
- b) принимающее учреждение ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- c) сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения.
- d) передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежавшие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.
- e) по заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его данных, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не является обязательной, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказывать в выдаче справки превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в ее получении. В остальном права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка.
- f) если кому-либо противоправно причиняется ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по настоящему Соглашению, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждение.

- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- g) если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.
- h) передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
- i) передающее и принимающее учреждения обязаны охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

6. Zu Artikel 28:

Zu den innerstaatlichen Vorschriften zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und Steuerumgehung im Sinne dieser Vorschrift zählt auf deutscher Seite auch die Hinzurechnung von im Ausland bezogenen passiven Einkünften.

6. К статье 28

В смысле настоящей статьи, для Германской стороны к национальным правовым актам по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов принадлежит также зачет получаемых из заграницы пассивных доходов.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Uwe Schramm

Für Georgien
За Грузию
Alexishvili

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das in Tiflis am 1. Juni 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen löst das alte, noch mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossene und im Verhältnis zu Georgien weitergeltende Abkommen vom 24. November 1981 (BGBl. 1983 II S. 2) ab.

Deutschland ist – nach Russland, der Türkei und Aserbaidschan – der viertwichtigste Handelspartner Georgiens. Das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten betrug 2005 ca. 140 Mio. Euro. Auch wenn Georgien nicht zu den wichtigsten Handelspartnern und Investitionsstandorten für deutsche Unternehmen gehört, besteht aufgrund der bisherigen Fortgeltung des alten deutsch-sowjetischen Doppelbesteuerungsabkommens die Notwendigkeit eines modernen, der Unabhängigkeit Georgiens gerecht werdenden Doppelbesteuerungsabkommens.

Das neue Abkommen entspricht weitgehend dem OECD-Musterabkommen. Hierdurch trägt es zur Vereinheitlichung auf diesem Gebiet bei.

Das Protokoll mit einigen das Abkommen ergänzenden Regelungen ist Bestandteil des Abkommens.

Dem OECD-Musterabkommen weitgehend folgend, regeln die Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Abkommens sowie die für die Anwendung des Abkommens notwendigen allgemeinen Begriffsbestimmungen. Die Artikel 6 bis 22 weisen dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Besteuerungsrechte für die einzelnen Einkunftsarten und für das Vermögen zu. Artikel 23 enthält die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Ansässigkeitsstaat für die Einkünfte und Vermögenswerte, die der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuern darf. Die Artikel 24 bis 32 regeln den Schutz vor Diskriminierung, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, einen verbesserten Informationsaustausch, das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten des Abkommens sowie andere Fragen. Das Protokoll ergänzt das Abkommen um einige klarstellende Bestimmungen sowie um die Klauseln zum Schutz personenbezogener Daten.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen Anwendung findet (subjektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezeichnet die in den Geltungsbereich des Abkommens fallenden Steuern.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält in Absatz 1 allgemeine Begriffsbestimmungen für einige im Abkommen verwendete Begriffe, die für die Anwendung des Abkommens von besonderer Bedeutung sind. Absatz 2 enthält die übliche Regel, dass im Abkommen nicht bestimmte

Begriffe entsprechend dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats auszulegen sind, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt den für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgeblichen Begriff der Ansässigkeit. Nach Absatz 1 wird hierbei grundsätzlich an das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten angeknüpft. In den Fällen der Doppelansässigkeit regeln die Absätze 2 und 3 nach bestimmten Merkmalen, welcher der beiden Staaten für die Abkommensanwendung als Ansässigkeitsstaat gilt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt den Begriff der Betriebsstätte, der die Grundlage der Besteuerung gewerblicher Einkünfte bildet.

In Absatz 1 wird der Ausdruck „Betriebsstätte“ allgemein umschrieben. Eine nicht abschließende Aufzählung von typischen Beispielen enthält Absatz 2. Bauausführungen und Montagen gelten nach Absatz 3 nur dann als Betriebsstätten, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet. Absatz 4 enthält die Negativabgrenzung zum Begriff der Betriebsstätte. Die Absätze 5, 6 und 7 enthalten weitere dem OECD-Musterabkommen nachgebildete Abgrenzungsvorschriften zum abhängigen und unabhängigen Vertreter sowie zur Eigenständigkeit von verbundenen Gesellschaften.

Zu Artikel 6

Die Absätze 1 und 3 bestimmen, dass Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen oder der Nutzung von unbeweglichem Vermögen im Belegenheitsstaat besteuert werden können. Das gilt nach Absatz 4 auch für Betriebsgrundstücke. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „unbewegliches Vermögen“.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne.

Absatz 1 enthält das Betriebsstättenprinzip. Hiernach darf ein Vertragsstaat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen mit Sitz im anderen Vertragsstaat nur insoweit besteuern, als der Gewinn einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen ist. Die Absätze 2 bis 6 enthalten Ermittlungs- und Zurechnungsvorschriften für Betriebsstättengewinne. Nummer 2 Buchstabe a und b des Protokolls zum Abkommen enthält hierzu klarstellende und ergänzende Regelungen wie das Verbot der Liefergewinnbesteuerung. Absatz 7 bestimmt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den übrigen durch das Abkommen geregelten Einkunftsarten. Zur Abgrenzung von Unternehmensgewinnen und Lizenzgebühren wurde in Nummer 2 Buchstabe c des Protokolls zum Abkommen eine klarstellende Regelung getroffen.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, dass Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur in dem Staat besteuert werden dürfen, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das die Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibt.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, dass das Abkommen einer Berichtigung von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Dividenden.

Absatz 1 enthält den Grundsatz, dass die Dividendenausschüttungen im Wohnsitzstaat des Anteilseigners besteuert werden dürfen.

Nach Absatz 2 darf daneben auch der Quellenstaat eine Steuer erheben. Eine Besteuerung durch den Quellenstaat ist allerdings ausgeschlossen, wenn die nutzungsberechtigte Gesellschaft mindestens 50 v. H. der Anteile an der ausschüttenden Gesellschaft hält und in das Vermögen der ausschüttenden Gesellschaft mehr als 3 000 000 Euro investiert hat. Die Steuer darf 5 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn die nutzungsberechtigte Gesellschaft mindestens 10 v. H. der Anteile an der ausschüttenden Gesellschaft hält und in das Vermögen der ausschüttenden Gesellschaft mehr als 100 000 Euro investiert hat. In den übrigen Fällen darf die Quellensteuer grundsätzlich 10 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Die deutsche Quellenbesteuerung ist nach Nummer 3 des Protokolls jedoch nicht begrenzt, soweit die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen (insbesondere Einkünfte eines stillen Gesellschafters) und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Absatz 3 bestimmt den Begriff der Dividenden im Einzelnen. Die Absätze 4 und 5 enthalten den Betriebsstättenvorbehalt und ergänzende Bestimmungen zur Abgrenzung des Besteuerungsrechts, die auch im OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht ausschließlich dem Wohnsitzstaat des Gläubigers der Zinsen zu. Die Quellenbesteuerung ist nach Nummer 3 des Protokolls jedoch nicht begrenzt, soweit die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten die Definition des Zinsbegriffs, den Betriebsstättenvorbehalt und eine Vorschrift zur Vermeidung einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Abkommensvorteilen bei der Zinsbesteuerung.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Absatz 1 bestimmt, dass Lizenzgebühren ausschließlich im Wohnsitzstaat des Gläubigers besteuert werden dürfen. Die Absätze 2 bis 4 enthalten die Definition der Lizenzgebühren, den Betriebsstättenvorbehalt und eine Missbrauchsvermeidungsvorschrift.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Nach Absatz 5 ist das Besteuerungsrecht für Veräußerungsgewinne grundsätzlich allein dem Wohnsitzstaat vorbehalten.

Der Quellenstaat hat jedoch nach den Absätzen 1 bis 3 ebenfalls ein Besteuerungsrecht für Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen, von Aktien an Gesellschaften mit überwiegendem Grundbesitz in diesem Staat, von beweglichem Betriebsstättenvermögen und von beweglichem Vermögen einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung.

Bei den Gewinnen aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, hat nach Absatz 4 ausschließlich der Staat das Besteuerungsrecht, in dem sich der Ort der Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Absatz 6 enthält eine Regelung zur Wegzugsbesteuerung.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit.

Nach Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Nur soweit Einkünfte in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene feste Einrichtung erzielt werden, hat der Tätigkeitsstaat ein Besteuerungsrecht. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „freier Beruf“.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit.

Grundsätzlich hat nach Absatz 1 der Staat das Besteuerungsrecht, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird. Werden jedoch Arbeitnehmer von Unternehmen eines Vertragsstaats nur vorübergehend im anderen Vertragsstaat tätig, so wird dieser Grundsatz durch Absatz 2 unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt. Das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr kann nach Absatz 3 in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der Geschäftsleitung des das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibenden Unternehmens befindet.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung von Künstlern und Sportlern.

Nach Absatz 1 dürfen Künstler und Sportler stets im Tätigkeitsstaat besteuert werden. Dies gilt nach Absatz 2 auch, wenn die Einkünfte dem Künstler oder Sportler nicht unmittelbar selbst zufließen. Das Besteuerungsrecht geht nach Absatz 3 auf den Wohnsitzstaat über, wenn der Aufenthalt des Künstlers oder Sportlers im anderen Staat ganz oder überwiegend durch den Wohnsitzstaat oder eine dortige, als gemeinnützig anerkannte Einrichtung finanziert wird.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Ruhegehältern und ähnlichen Vergütungen.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für diese Zahlungen – mit Ausnahme der Pensionen aus öffentlichen Kassen – grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Bei Bezügen aus der gesetzlichen Sozialversicherung hat nach Absatz 2 jedoch der Kassenstaat das alleinige Besteuerungsrecht. Nach Absatz 3 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Kriegsrenten, Wiedergutmachungsleistungen und ähnliche Zahlungen. Durch die in Nummer 4 des Protokolls enthaltene Definition des Begriffs „ähnliche Vergütungen“ werden auch Renten von diesem Artikel erfasst.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Vergütungen aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Nach Absatz 1 kann grundsätzlich nur der Kassenstaat diese Vergütungen besteuern. Dies gilt auch dann, wenn die Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Das Besteuerungsrecht geht auf den Tätigkeitsstaat über, wenn der Vergütungsempfänger ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder im Tätigkeitsstaat nicht ausschließlich deshalb ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten (Ortskräfte). Entsprechendes gilt nach Absatz 2 für Ruhegehälter im öffentlichen Dienst.

Absatz 3 enthält die Regelung, dass für Vergütungen aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit gewerblicher Tätigkeit eines Vertragsstaats die allgemeinen Regeln des Abkommens gelten.

Nach Absatz 4 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Vergütungen an entsandtes Personal im Rahmen von staatlichen Entwicklungshilfeprogrammen sowie nach Absatz 5 für Vergütungen an Mitarbeiter des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).

Zu Artikel 20

Nach diesem Artikel dürfen zur Förderung des Austauschs von Lehrkräften, Studenten und Auszubildenden (einschließlich Praktikanten) Zahlungen aus ausländischen Quellen an diesen Personenkreis im Gaststaat unter bestimmten Bedingungen nicht besteuert werden; bei Lehr- und Forschungstätigkeit gilt diese Bestimmung nur für einen Aufenthalt von höchstens zwei Jahren.

Zu Artikel 21

Nach Absatz 1 können alle nicht ausdrücklich im Abkommen genannten Einkünfte nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden. Das gilt nach Absatz 2 dieses Artikels jedoch nicht, wenn die Einkünfte einer im anderen Staat belegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung zuzuordnen sind (Betriebsstättenvorbehalt).

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Nach Absatz 4 hat grundsätzlich nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht. Unbewegliches Vermögen und Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung gehört, kann abweichend von diesem Grundsatz nach den Absätzen 1 und 2 durch den Belegenheitsstaat besteuert werden.

Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen nach Absatz 3 nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der Geschäftsleitung des die Seeschiffe oder Luftfahrzeuge betreibenden Unternehmens befindet.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Ansässigkeitsstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten behebt, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Deutschland vermeidet eine Doppelbesteuerung bei den wichtigsten Einkünften, wie z. B. bei Einkünften aus einer Betriebsstätte in Georgien und bei Dividendenausschüttungen einer in Georgien ansässigen Gesellschaft bei einer Mindestbeteiligung von 10 v. H. (Schachtelbeteiligung), nach Absatz 1 Buchstabe a durch Freistellung.

Entsprechendes gilt für die (derzeit nicht zu erhebende) Vermögensteuer.

Bei Einkünften, die nicht nach Absatz 1 Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt werden, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 1 Buchstabe b durch Anrechnung der georgischen Steuer auf die deutsche Steuer beseitigt. Dies gilt insbesondere für Dividendenbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen, Zinsen, Lizenzgebühren, Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen sowie für Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

Absatz 1 Buchstabe c sieht statt der Freistellungsmethode nach Buchstabe a die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b vor, wenn die Einkünfte nicht aus aktiver Tätigkeit stammen. Darüber hinaus hat sich Deutschland in Absatz 1 Buchstabe e im Interesse der Vermeidung einer doppelten Steuerbefreiung oder einer sonstigen ungerechtfertigten Inanspruchnahme des Abkommens einen Wechsel von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode vorbehalten.

Bei Einkünften, die nach diesem Abkommen von der Steuer freigestellt sind, hat sich Deutschland nach Absatz 1 Buchstabe d das Recht gesichert, diese in den Progressionsvorbehalt einzubeziehen.

Georgien behebt nach Absatz 2 Buchstabe a die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung.

Einkünfte und Vermögenswerte, die nach dem Abkommen in Georgien von der Steuer freigestellt sind, kann Georgien gleichwohl bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen einer Person berücksichtigen.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll entsprechend dem OECD-Musterabkommen steuerliche Diskriminierungen verhindern.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, dass sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen. Hierzu können die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander verkehren.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem bei Abschluss der Verhandlungen aktuellen OECD-Musterabkommen. Er bezieht sich auf Informationen, die zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erforderlich sind, und ist nicht auf die Abkommenssteuern beschränkt.

Nummer 5 des Protokolls zum Abkommen enthält einige zusätzliche Vorschriften zum Schutz von personenbezogenen Daten (Datenschutzklausel).

Zu Artikel 27

Dieser Artikel enthält die verfahrensmäßigen Regelungen zur Umsetzung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen bzw. -befreiungen. Unter anderem sind innerstaatlich Verfahren zur Freistellung oder Erstattung bei Quellensteuern vorzusehen. Die Antragsfrist zur Erstattung von Abzugssteuern wird auf vier Jahre nach dem Ende des Jahres der Festsetzung der Abzugssteuer festgelegt.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel sichert – klarstellend – die Anwendung innerstaatlicher Missbrauchsvorschriften auch nach Anwendungsbeginn des Abkommens.

Absatz 1 regelt, dass die Vertragsstaaten ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung von Steuerumgehung und Steuerhinterziehung anwenden können. Nach Absatz 2 kommt in Fällen einer dadurch verursachten doppelten Besteuerung das Verständigungsverfahren zur Anwendung.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel bestimmt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel weist auf das zum Abkommen zugehörige Protokoll hin.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Hiernach tritt das Abkommen am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauf folgenden Jahres anzuwenden sein. Da nach Völkergewohnheits- und Völkervertragsrecht das neue deutsch-georgische Doppelbesteuerungsabkommen das bisher im deutsch-georgischen Verhältnis weitergeltende Doppelbesteuerungsabkommen mit der ehemaligen Sowjetunion vom 24. November 1981 verdrängt, tritt mit Inkrafttreten des neuen Abkommens das Abkommen mit der ehemaligen Sowjetunion im Verhältnis zwischen Deutschland und Georgien außer Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauf folgenden Jahres nicht mehr anzuwenden sein.

Zu Artikel 32

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine mögliche Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.